



Gambia: *Fabakary Ceesay.*, Sorge um Sicherheit

Hintergrundinformationen



Gambia: 1,7 Mio. Einwohner auf 11.295 km² Fläche, BSP/Einw. 320 \$ (2004), Bevölkerung: ca. 44% Mandingo, 17,5% Fulbe, 12,3% Wolof, 7% Djola, 7% Sarakole u.a., Religion: 85% Muslime, 10% Christen, indigene Religionen. Gambia hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* ratifiziert und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* unterzeichnet.



Der Journalist und Menschenrechtsverteidiger **Fabakary Ceesay** setzt sich im westafrikanischen Gambia gegen die dort weit verbreitete Praxis des „Verschwindenlassens“ ein.

Er ist zuständig für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im „Netzwerk der Menschenrechtsjournalisten“ (NHRJ), einer Organisation, die 150 Journalisten aus den Print- und Onlinemedien vereint. Die NHRJ-Angehörigen beschäftigen sich in ihrer Arbeit mit Menschenrechtsverletzungen in ihrem Land.

Aufgrund seines Engagements befindet sich Fabakary Ceesay derzeit in großer Gefahr, sodass er untertauchen musste. Agenten des gefürchteten Geheimdiensts NIA (National Intelligence Agency) sollen auf der Suche nach ihm sein, wie die internationale Menschenrechtsorganisation Frontline berichtet.

Fabakary Ceesay ist seit Mitte Februar 2013 einer Serie von Drohungen ausgesetzt, nachdem er eine Untersuchung des mutmaßlichen „Verschwindenlassens“ von sieben Personen im Distrikt Foni, der im westlichen Küstenbereich des Landes liegt, begonnen hatte. Während seiner Aufklärungsarbeiten suchten drei Männer, vermutlich Angehörige des NIA, die Ehefrau

eines vermissten Mannes auf. Sie erkundigten sich nach dem Verbleib und den Aktivitäten von Fabakary Ceesay.

Nachdem dieser über die Aktivitäten der Agenten informiert worden war, versteckte er sich bei einem Freund, bevor er zwei Tage später die Region verließ.

Der Menschenrechtsverteidiger wurde des Weiteren von Verwandten gewarnt, dass NIA-Agenten wiederholt zu seinem Haus gekommen seien und nach ihm gesucht hätten. Dabei hätten sie oftmals behauptet, dass sie seine Assistenz benötigten. Das Haus sei einige Tage überwacht worden.

Während dieser Zeit wurde Fabakary Ceesay ebenfalls durch anonyme Anrufe aus Gambia und aus dem Ausland bedroht. Einer seiner Arbeitskollegen berichtete, dass sich ein Anrufer gemeldet habe und behauptete, ein Freund des Journalisten im Ausland hätte ihm Geld überwiesen und benötige die Kontaktdaten. Unbekannte erschienen auch in seinem Büro und fragten dort die Kollegen nach seinen Kontaktdaten.

Am 8. März 2013 nahmen NIA-Agenten den Cousin des Journalisten, der ebenfalls als Menschenrechtsverteidiger arbeitet, in Haft. Offenbar hatten sie ihn mit dem Gesuchten verwechselt.

Am 11. März ließen sie den Verwandten schließlich frei. Zuvor war er von den Agenten befragt worden. Dabei erwähnte ein NIA-Mitarbeiter, dass es einen Auftrag gebe, Fabakary Ceesay ausfindig zu machen.

Am 9. März 2013 erhielt Fabakary Ceesay auf seinem Mobiltelefon eine Nachricht, die aus dem Ausland gesendet worden zu sein scheint. Sie lautet wörtlich: „Journalist Menschenrechtsaktivist, du wirst verschwinden wie diejenigen, über die du sprichst. Du denkst, du bist schlau und kannst damit fortfahren, das Ansehen des Landes zu beflecken durch das Anklagen des Staates, diese Leute getötet zu haben, und damit davon zu kommen. Wir wissen, dass du die Informationen zu den so genannten Menschenrechtsorganisationen sendest und wir wissen auch, dass du Korrespondent für die Media Foundation bist und dass du Nachrichten über Gambia an die BBC geschickt hast. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis wir dich kriegen und dich lebendig häuten.“ Frontline vermutet, dass der Journalist allein aufgrund seiner legitimen und gewaltlosen Menschenrechtsarbeit von dem Geheimdienst NIA verfolgt wird.



Brieftext

Bitte schreiben Sie an den Präsidenten der Republik Gambia und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Brüssel/Belgien. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto nach Gambia und Belgien je 0,75 EUR**). *Bearbeitung möglichst innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 30.04.2013.* [Fax-Nr. der Botschaft: 0032/224126803, S.E. Herrn Mamour A. Jagne, E-Mail: info@gambiaembassy.be]

Captain (retd.) Alhaji Yahya A. J. J. Jammeh
President of the Republic of the Gambia
Ministry of Foreign Affairs
4, Marina Parade
Banjul
REPUBLIC OF THE GAMBIA

Sehr geehrter Herr Präsident,

mit großer Besorgnis verfolge ich Berichte über Drohungen gegen den Journalisten und Menschenrechtsverteidiger Herrn **Fabakary Ceesay**. Dieser ist im „Netzwerk der Menschenrechtsjournalisten“ (NHRJ) zuständig für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Die ACAT-Deutschland meldet, dass Herr Fabakary Ceesay seit Februar 2013 infolge seiner Recherchen zur Aufklärung des „Verschwindenlassens“ mehrerer Personen in dem Distrikt Foni anonyme Drohungen erhalten hat.

Am 9. März 2013 ging auf seinem Mobiltelefon eine Nachricht von einem Absender aus dem Ausland ein. Darin wurde ihm mit Bezug auf seine Menschenrechtsarbeit angedroht, dass er „verschwinden“ werde. In den vergangenen Wochen sollen Agenten des Geheimdienstes National Intelligence Agency (NIA) verschiedene Personen nach dem Aufenthaltsort des Menschenrechtsverteidigers befragt haben. Daher befürchte ich, dass Herr Fabakary Ceesay dem Verbrechen des „Verschwindenlassens“ zum Opfer fallen könnte.

In Anbetracht dieser Umstände ersuche ich Sie, Ihren Einfluss geltend zu machen, dass die Sicherheit sowie die körperliche und psychische Integrität des Journalisten garantiert werden und die Suche des Geheimdienstes NIA unverzüglich beendet wird.

Darüber hinaus appelliere ich an Sie, sicherzustellen, dass alle MenschenrechtsverteidigerInnen in Gambia ihr legitimes Engagement ohne Furcht vor Repressalien und frei von jeglichen Restriktionen einschließlich juristischer Schikane ausführen können.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinem Anliegen entgegenbringen, danke ich Ihnen sehr.
Mit hochachtungsvollem Gruß

Als Kopie mit der Bitte um Hilfe an:

S.E. Monsieur l'Ambassadeur Mamour A. Jagne
Ambassade de la République de Gambie
126, Avenue Franklin Roosevelt
B-1050 Bruxelles
Belgique

Exzellenz,

mit unten stehendem Schreiben wende ich mich an den Staatspräsidenten der Republik Gambia, um ihn im Falle des Journalisten Herrn Fabakary Ceesay um Unterstützung zu ersuchen.

Gestatten Sie mir, darüber hinaus die Bitte vorzubringen, mich über die zum Schutze des Menschenrechtsverteidigers unternommenen Maßnahmen zu informieren. Mit hochachtungsvollem Gruß

[Zum Download als Word-Datei](#)



Mexiko:

Hintergrundinformationen



Mexiko: 105,3 Mio. Einwohner auf 1.953.162 km² Fläche, BSP/Einw. 9400\$ (2007), Bevölkerung: 75% Mestizen, 14% Indigene, 10% Weiße, Religion: 90,4% Katholiken, 5,2 % Protestanten, 3,5% ohne Religion. Unabhängig seit 1810. Mexiko hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* sowie das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



In Mexiko sind willkürliche Inhaftierungen weit verbreitet. Diese Form der Haft wird „Arraigo“ (spanisch Verwurzelung) genannt. Personen, die unter „**Arraigo**“ festgenommen werden, können für 40 Tage zuzüglich einer Verlängerung um denselben Zeitraum in Gewahrsam gehalten werden. In diesem Zusammenhang kommt es oft zu weiteren schweren Menschenrechtsverletzungen wie Folter.

ACAT-Frankreich führt seit Beginn dieses Jahres gemeinsam mit mexikanischen Menschenrechtsorganisationen eine **Kampagne** durch, um die mexikanische Regierung zur Abschaffung der „Arraigo“-Praxis aufzurufen. Die Maßnahmen des „Arraigo“-Systems zielen auf eine Bekämpfung des organisierten Verbrechens ab. Die breite Definition trägt jedoch dazu bei, dass neben tatsächlichen Straftätern aus dem Bereich organisierter Kriminalität auch Landarbeiter, politische Oppositionelle, Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten, Angehörige von ethnischen Minderheiten, Migranten und einfache Bürger betroffen sind.

Begangen werden die Menschenrechtsverletzungen von Soldaten, aber auch von Einheiten der Bundes- und lokalen Polizei sowie von Angehörigen der Staatsanwaltschaft.

Zu den eingesetzten Foltermethoden zählen Schläge, das Herbeiführen von Verletzungen und Brüchen sowie das Verabreichen von Elektroschocks.

Das UN-Subkomitee zur Prävention von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung erklärte 2009: Die Anwendung von „Arraigo“ lässt die Gefangenen in einer sehr verletzlichen Situation ohne einen definierten rechtlichen Status, um das Recht auf Verteidigung auszuüben. Die geringe Übersicht über die „Arraigo“-Praxis vergrößert die Möglichkeit, dass Folter Anwendung findet. 50% der interviewten Menschen zeigten Spuren von Folter und Misshandlung.

Die Mexikanische Kommission zur Verteidigung und Förderung der Menschenrechte (CMDPDH) hat zahlreiche Fälle dokumentiert, bei denen Menschen inhaftiert wurden, bevor ein entsprechender Befehl vorlag. Dies stellt eine willkürliche Inhaftierung dar. „Arraigo“ wurde 2010 vom UN-Sonderberichterstatter über die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten als unvereinbar mit dem Prinzip der Unschuldsvermutung und dem Recht auf Freiheit bezeichnet. Während der Gefangenschaft werden die Betroffenen oftmals in Einzelhaft gehalten, sodass ihr Zugang zu Familienangehörigen, Anwälten und medizinischer Versorgung stark eingeschränkt ist. Orte der Gefangenschaft sind neben Polizeistellen und Militärbaracken auch private Häuser oder Hotels. Vor allem in den Militäreinrichtungen sind die Haftbedingungen besonders schlimm.

Entgegen den Erwartungen hat die Einführung von „Arraigo“ den Kampf gegen das organisierte Verbrechen keineswegs effektiver gemacht. Nur wenige von Tausenden Fällen stehen in Verbindung mit organisierter Kriminalität. Nur etwa 3% der inhaftierten Personen wurden von der Justiz später auch verurteilt. Stattdessen hat „Arraigo“ die Bestrebungen, die Kriminalpolizei zu professionalisieren, untergraben.

Der Zweck von „Arraigo“ ist nicht, festzustellen, ob eine Person schuldig oder unschuldig ist. Vielmehr dient sie dazu, Menschen ihrer Freiheit zu berauben, um Informationen zu erlangen, die später auf Gerichtsebene gegen sie verwendet werden können.

Weitere Informationen finden Sie unter www.stoparraigo.com



Brieftext

Bitte unterschreiben Sie den beiliegenden Brief oder die Petition an den Präsidenten der Vereinigten Mexikanischen Staaten und **senden Sie die Appelle bis zum 30.04.2013 direkt an: ACAT-Deutschland**, Postfach 1114, 59331 Lüdinghausen (Porto 0,58 EUR). Der **Wortlaut sollte unverändert bleiben**.

Eingegangene Briefe und Listen werden gesammelt an die ACAT-Frankreich weitergeleitet und zusammen mit deren Unterschriftenbögen an Vertreter der Regierung Mexikos übergeben (die **Kopie an Botschaft entfällt** diesmal).

**An den Staatspräsidenten der Vereinigten Mexikanischen Staaten
Herrn Enrique Peña Nieto**

Sehr geehrter Herr Präsident,

in den letzten Jahren sind in Mexiko Tausende von Menschen unter „Arraigo“ festgenommen worden. Wie jedoch bereits die Experten des Ausschusses gegen Folter der Vereinten Nationen im November 2012 betont haben, ist „Arraigo“ eine Form der willkürlichen Inhaftierung. Sie erleichtert und erhöht das Risiko von Folter insofern, als sie erfolgt, bevor eine Anklage erhoben worden ist. Manchmal geschieht sie an geheimen Orten und begrenzt den Zugang zu einer Rechtsverteidigung. Die medizinischen Daten von unter „Arraigo“ verhafteten Personen, die vom UN-Subkomitee gegen Folter befragt worden sind, zeigen, dass die Hälfte dieser Inhaftierten Zeichen physischer Gewalt aufwies.

Deshalb bitte ich Sie mit ACAT-Frankreich und ACAT-Deutschland um die sofortige und vollständige Abschaffung von „Arraigo“ sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Praxis, auf Ebene der Föderation und bei jedem der Bundesstaaten.

Mit hochachtungsvollem Gruß

[Zum Download des Briefes als Word-Datei](#)

[Zum Download der Petition als Word-Datei](#)

[Zur Online-Petition der Acat-France \(Webseite nur auf englisch, französisch & spanisch\)](#)